

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe**  
im Europäischen Parlament

Nummer 2 · 31. Januar 2005 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)

## Der Stabilitätspakt

Maastricht-Kriterien für die Stabilität des Euro 2004

**Preisstabilität**  
2,4%\*

Euro-Staaten  
(Dez.)

2,3

Deutschland  
(Dez.)

2,0

**Staatsdefizit**  
- 3 % des BIP

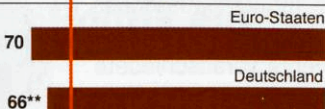
Euro-Staaten

- 2,3

Deutschland

- 3,9

**Verschuldung**  
60 % des BIP



**Zinsstabilität:** nicht mehr als 2 Prozentpunkte über den drei niedrigsten Werten; erfüllt

\*Flexibles Kriterium: Preissteigerung nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über den drei niedrigsten Werten

Quelle: EZB \*\*BMF-Schätzung **dpa** · Grafik 0432

## Abschaffung des Stabilitätspakts kommt Deutschland teuer zu stehen

Der Versuch von Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel, den Euro-Stabilitätspakt mit zahlreichen Ausnahmeregelungen zu versehen, ist ein peinlicher Offenbarungseid. Seit 2002 brechen Schröder und Eichel deutlich die erlaubte Schuldengrenze. „Nun will Deutschland sich eine Lockerung des Stabilitätspaktes mit einer erhöhten Nettozahlerposition erkaufen“, kritisierte der wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Alexander Radwan (CSU). Was auf den ersten Blick wie der Königsweg zur Lösung der beiden großen Streitfragen aussehe, werde Deutschland auf mittlere Sicht teuer zu stehen kommen. „Deutschland verliert doppelt. Auf Kosten zukünftiger Generationen wird die Neuverschuldung weiter erhöht und gleichzeitig steigt der deutsche Nettobeitrag an den EU-Haushalt“, so Radwan.

### Inhalt

Angelika Niebler:  
Internetförderprogramm  
Seite 2

Junge Gruppe der  
EVP-ED-Fraktion  
Seite 3

Herbert Reul:  
Gasmarktliberalisierung  
Seite 5

Georg Jarzembowski:  
EU-Führerschein  
Seite 6

ANGELIKA NIEBLER:

## Neues Programm zur Internetnutzung verabschiedet

149 MIO. EURO FÜR eCONTENTPLUS ZUR FÖRDERUNG INNOVATIVER FORMEN DER INTERNETNUTZUNG

**D**as EU-Programm zur Förderung neuer Formen der Internetnutzung wird fortgesetzt. Der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments verabschiedete mit großer Mehrheit eine entsprechende Einigung mit den nationalen Regierungen. „Die EU zeigt weiterhin Flagge, um eine breite Nutzung digitaler Inhalte zu fördern. Das



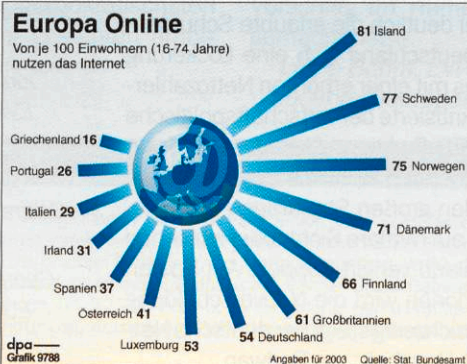
Angelika Niebler MdEP

Europäische Parlament konnte in den Verhandlungen eine erhebliche Mittelaufstockung erreichen“, sagte die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Angelika Niebler (CSU).

Das Programm eContentplus stellt insgesamt 149 Mio. Euro zur Verfügung und läuft vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2008. Die Europäische Kommission hatte ursprünglich einen Finanzrah-

men von 135 Mio. Euro vorgeschlagen. Das Europäische Parlament konnte in Verhandlungen mit dem Rat eine Mittelaufstockung von zehn Prozent durchsetzen. Das Programm umfasst vier Schwerpunktbereiche: Die grenzüberschreitende Entwicklung innovativer internetgestützter Informationsprodukte und Dienste, die

Förderung der breiten Nutzung durch Bürger und Kleinunternehmen, die europäische Sammlung digitaler Objekte für Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie die Verknüpfung virtueller Bibliotheken.



„Ziel des Programms ist, das Internet als innovatives Medium für Bildung, Forschung und Kultur zu nutzen und zu fördern. Das bringt einen echten europäischen Mehrwert für alle Bürgerinnen und Bürger



und für viele mittelständische Unternehmen“, so Angelika Niebler.

Die Europäische Kommission führt das Programm durch. Nationale Projekte können bis zu 50 Prozent kofinanziert werden. Öffentliche Körperschaften können sogar eine Erstattung von 100 Prozent der Zusatzkosten erhalten. Nä-

here Einzelheiten zur Einreichung von Vorschlägen finden sich auf der Website der Kommission, sobald eContentplus angelaufen ist.

Weitere Informationen zum Programm eContentplus werden im Internet auch unter folgender Adresse veröffentlicht: [http:// www.cordis.lu/econtent/](http://www.cordis.lu/econtent/)

## Junge Gruppe der EVP-ED-Fraktion setzt sich für nachhaltige und generationengerechte Politik ein

Die so genannte „Reform“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird in jedem Fall eines bewirken: Sie wird die Schuldenlast für die junge Generation erhöhen. Eine Tatsache, auf die im Europäischen Parlament vor allem

wir jungen Abgeordneten hinweisen müssen.

Wir haben 2004 die „Young Members“, eine Gruppe von 23 Abgeordneten der EVP-ED-Fraktion, gegründet. Die Mitglieder sind allesamt unter 36



v. l.: Dr. Andreas Schwab, Daniel Caspary, Dr. Anja Weisgerber und Manfred Weber

Jahren, und sie setzen sich alle für eine nachhaltige und generationengerechte Politik ein. Ohnehin haben die Europawahlen 2004 zu einer Verjüngung der EVP-ED-Fraktion geführt: 23 der 268 EVP-ED-Abgeordnete sind jünger als 36 Jahre.

So auch Dr. Anja Weisgerber (28, CSU), die im Ausschuss für Umweltfragen, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten tätig ist. Daniel Caspary (28, CDU) arbeitet in den Ausschüssen für internationalen Handel, Industrie, Forschung und Energie sowie im Ausschuss für Haushaltskontrolle. Die Arbeitsfelder von Manfred Weber (32, CSU) schließen bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie die regionale Entwicklung mit ein. Dr. Andreas Schwab (31, CDU) ist in den Ausschüssen für Wirtschaft und Währung sowie Binnenmarkt und Verbraucherschutz tätig. Er wurde zum Koordinator der Young Members gewählt.

Wir treffen uns seit Oktober regelmäßig zum Meinungsaustausch zu Themen, die von gemeinsamem Interesse sind. So war der in der neuen Kommission für die Verhandlungen mit der Türkei verantwortliche Kommissar Olli Rehn vor der Entscheidung des EU-Rates bei uns zu Gast. Demnächst treffen wir den luxemburgischen Premierminister und derzeitigen EU-Ratspräsidenten Jean-Claude Juncker zum Gespräch.

Bei diesem Gespräch wird es auch um den Stabilitäts- und Wachstumspakt gehen. So lehnen wir es etwa ab, an den Basiskriterien – ein Defizit von nicht mehr als 3 % des BIP und eine Grenze von 60 % für die Verschuldung –

zu rütteln. Genauso wenig wie an der wirtschaftspolitischen Koordinierung, der multilateralen Haushaltsüberwachung und des Defizitverfahrens – Grundsätze, die auch in die künftige Verfassung übernommen wurden.

Dass ausgerechnet Deutschland und Frankreich, die nun schon zum vierten Mal in Folge gegen den Pakt verstoßen, für eine Lockerung der Kriterien eintreten, zeigt welch Geistes Kind die Änderungsvorschläge sind. Die einzige Möglichkeit, den Stabilitätspakt zu verbessern, wäre ein Mitspracherecht des Parlaments in dieser Frage. Aber daran ist bedauerlicherweise nicht gedacht.

### **Generationengerechtigkeit ist keine Einbahnstraße**

Die diskutierten Änderungen, wie mehr Gewicht für die Konsolidierung in guten Konjunkturzeiten, die bessere Berücksichtigung länderspezifischer Gegebenheiten oder eine „Neudefinition“ der „Staatsschulden“, sind nichts anderes als die Suche nach neuen Verschuldungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten. Die drei Prozent Nettoverschuldung, die der Pakt heute züsst, sollten nicht als haushaltspolitischer Normalzustand angesehen werden. Sie sind ausschließlich für langfristige Investitionen wie Infrastruktur, Bildung etc. in konjunkturell schlechten Zeiten gedacht.

Generationengerechtigkeit ist keine Einbahnstraße, daher setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass der Stabilitätspakt zum Wohl künftiger Generationen erhalten bleibt.



HERBERT REUL:

## Wichtiger Schritt auf dem Weg zur Liberalisierung des Erdgasbinnenmarktes

**D**er Weg für eine weitere Liberalisierung des Erdgasbinnenmarktes ist durch die Abstimmung über die Verordnung zum Zugang zu Erdgasfernleitungsnetzen im Industrieausschuss bereitet. Nach Auffassung des EVP-Energieexperten Herbert Reul schafft die Verordnung gleiche Marktbedingungen und transparente Tarife. „Klare Rahmenbedingungen sind notwendig, um eine wirkliche Harmonisierung des Zugangs zu den innereuropäischen Gas-Pipelines zu ermöglichen und die Liberalisierung voranzutreiben“, erklärte Reul.

Nach dieser Verordnung werden zum Beispiel die unter Effizienzgesichtspunkten entstandenen Kosten für die Tarifberechnung zugrundegelegt und die Transparenz durch weit reichende Informationspflichten der Netzbetreiber vergrößert. So müssen diese künftig genaue Angaben darüber machen, wie Entgelte für den Netzzugang im Einzelnen berechnet werden – ein Novum in der deutschen Gaspraxis. Auf der einen Seite wird durch weitere Liberalisierung der Wettbewerb möglich und damit werden Preissenkungen wahrscheinlicher. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Interessen der Gasnetzbetreiber gewahrt werden, damit sie



*Herbert Reul MdEP*

in Zukunft in die Netze investieren.

Erfolgreich konnten die EVP-Abgeordneten das Anliegen der Grünen und der Liberalen, die Frage der Erdgasspeicher ebenfalls in der Verordnung zu regeln, verhindern. Da derzeit ein reger Austausch zwischen der Europäischen Kommission und den Netzbetreibern bestehe,

solle zunächst abgewartet werden, ob nicht ein freiwilliger Konsens zum Thema Erdgasspeicher gefunden werde, so der CDU-Abgeordnete Reul.

Da sich die Verordnung bereits in 2. Lesung befindet, wird nun Kontakt mit dem Ministerrat aufgenommen. Dieser muss die vom Industrieausschuss verabschiedeten Änderungen billigen. Sollte dieses geschehen, wird die Verordnung in der nun abgeänderten Form im März-Plenum zur Abstimmung gebracht. Das Inkrafttreten der Verordnung ist dann für den 1. Juli 2006 vorgesehen. Anders als in der Vergangenheit wird der deutsche Gesetzgeber bei der Umsetzung der Verordnung nicht in Zeitnot geraten. Bereits im Energiewirtschaftsgesetz, das momentan im Bundestag heftig debattiert wird, schlägt sich zum Beispiel der Inhalt dieser Verordnung nieder.

GEORG JARZEMBOWSKI:

## Umtauschpflicht für Führerscheine schafft neue Bürokratie

FRIST VON 10 JAHREN ABER BESTANDSSCHUTZ  
FÜR JETZIGE FAHRERLAUBNISSKLASSEN

**A**utofahrer werden ihre Führerscheine künftig alle zehn Jahre umtauschen müssen. Das hat der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments gegen die Stimmen der Christdemokraten beschlossen. „Leider haben sich die deutschen Sozialdemokraten einer vernünftigen und bürger-nahen Lösung wider-setzt“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Georg Jarzembowski.



Georg Jarzembowski MdEP

Alte Papierführerscheine müssen spätestens in zehn Jahren nach Inkraft-treten der Richtlinie gegen das neue Scheckkartenmodell getauscht werden. Wer bereits den „EU-Plastikführer-schein“ besitzt, muss ihn in spätestens 20 Jahren gegen ein neues Exemplar tau-schen. Danach gilt eine generelle Um-tauschpflicht alle 10 Jahre. „Diese Befri- stung schafft nur neue Bürokratie und zu- sätzliche Kosten für alle Autofahrer“, kri- tisierte Jarzembowski.

Bestehende Fahrerlaubnisklassen werden durch den Umtausch jedoch nicht eingeschränkt. „Mit einem alten 3-er-Führerschein darf man auch künftig Kleinlastler bis zu 7,5 Tonnen fahren“,

sagte der CDU-Verkehrspolitiker. Damit hat sich der Verkehrsausschuss gegen die Pläne der Kom-mission durchgesetzt, die einen harmonisierten Neuzuschnitt der Fahrer-laubnisklassen favorisiert hatte. Die EVP-ED-Frak-tion konnte im Ausschuss erreichen, dass Anhänger bis zu 3,5 Tonnen auch weiterhin mit der nor-malen Pkw-Fahrerlaub-

nis mitgeführt werden dürfen. „Das ist eine gute Nachricht für alle Caravan- und Sportbootfahrer sowie für unsere freiwilligen Feuerwehren“, sagte Jarzembowski. Erforderlich ist lediglich die Absolvierung eines einmaligen Fahrertrainings, das in den Führerschein eingetragen wird.

Vom Tisch ist der Vorschlag der Kom-mission, die Gültigkeitsdauer von Führer-scheinen für Autofahrer ab dem 65. Le-bensjahr auf fünf Jahre zu befristen. „Hier hat sich die Vernunft durchgesetzt“, be-tonte Jarzembowski. Nach der Plenarab-stimmung im Februar werden die nation- alen Regierungen ihren Gemeinsamen Standpunkt ausarbeiten. „Ich rechne mit harten Verhandlungen und einem Ver-mittlungsverfahren zwischen Parlament und Rat“, so Jarzembowski.



## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Pöttering nimmt an Gedenkfeier in Auschwitz teil

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering**, hat am 27. Januar an der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau teilgenommen. Die Gedenkfeier in Auschwitz stand unter der Schirmherrschaft des polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski. "Das Gedenken und die Erinnerung an die Millionen ermordeter Menschen in den NS-Konzentrations- und Vernichtungslagern und die unsäglichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes müssen bewahrt werden. Es ist die Grundlage für Versöhnung und Frieden in Europa heute. Nie dürfen wir vergessen, was in Auschwitz geschehen ist. Auschwitz muss eine Warnung vor jeder Form des Rassismus, des Antisemitismus und gewalttätiger Intoleranz für alle Zukunft sein", sagte Pöttering. An der Gedenkfeier nahmen zahlreiche Staats- und Regierungschefs und Überlebende des KZ Auschwitz teil.

### ■ Ministerpräsident Erwin Teufel erhält Schuman-Medaille der EVP-ED-Fraktion

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Ministerpräsident **Erwin Teufel**, hat die Robert-Schuman-Medaille verliehen bekommen. Überreicht wurde die Auszeichnung durch den Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering**. "Die EVP-ED-Fraktion möchte mit dieser Auszeichnung das große europapolitische Engagement von Erwin Teufel

im Ausschuss der Regionen und vor allem auch im Konvent zur Europäischen Verfassung würdigen", erklärte Pöttering. Als Vertreter der deutschen Länder im Konvent habe Teufel maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung der Verfassung und ihren wichtigen Fortschritten im Hinblick auf die Kompetenzordnung, das Subsidiaritätsprinzip und die Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung gehabt. Teufel sei ein Europäer im allerbesten Sinne, sagte Pöttering weiter. Fest verankert in seiner Heimat Baden-Württemberg, habe er die europäische Perspektive immer in sein politisches Handeln einbezogen. "Durch Politiker wie Erwin Teufel wird Europa zur politischen Realität in den Mitgliedsländern, in den Regionen und Kommunen". Die EVP-ED-Fraktion verleiht die Schuman-Medaille an Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um die europäische Einigung verdient gemacht haben.

### ■ Kommissionspräsident Barroso stellt Leitlinien der Kommission vor

Der Präsident der EU-Kommission, **José Manuel Barroso**, hat Ende Januar vor dem Plenum des Europäischen Parlaments die strategischen Leitlinien der Kommission 2005 bis 2009 vorgestellt. Kommissionspräsident Barroso: „Wir müssen Europas enormes unerschlossenes Potenzial freisetzen. Wir müssen klare Prioritäten definieren, wenn wir die Erwartungen unserer Bürger an das Europa von 2010 erfüllen wollen.“ Barroso



plädierte für eine Partnerschaft für Wohlstand, Solidarität und Sicherheit in Europa: "Die europäischen Organe ebenso wie die Mitgliedstaaten, stehen in der Verantwortung. Es muss zu einer europäischen Erneuerung kommen. Die vor uns liegenden Herausforderungen sind so umfangreich und komplex, dass sie nur im Geiste der Partnerschaft bewältigt werden können."

Unter den Punkten "Wohlstand", "Solidarität", "Sicherheit und Freiheit" und "Europa als ein Partner in der Welt" will sich die Kommission auf vier Ziele konzentrieren: die Stärkung der Lissabon-Agenda zur Schaffung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand, die Förderung der sozialen Gerechtigkeit in Europa durch die Überbrückung von sozialen Ungleichheiten, Massnahmen zum Ausbau der inneren Sicherheit, sowie die Stärkung der Rolle Europas in der Welt.

#### ■ Einsetzung des neuen Präsidenten der Ukraine

Bei der Amtseinstellung des neugewählten Präsidenten der Ukraine, **Viktor Juschtschenko**, in Kiew, hat der Vizepräsident der EVP-ED-Fraktion, **Jacek Saryusz-Wolski**, das Europäische Parlament vertreten. Bereits kurz nach seiner Wahl hatte sich EVP-ED-Fraktionsvorsitzender **Hans-Gert Pöttering** dafür stark gemacht, Juschtschenko in das Europäische Parlament einzuladen.

#### ■ Europäischer Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004-2010

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat sich für strengere Regeln für den Umgang mit schädlichen Substanzen ausgesprochen. Ein Schwerpunkt lag dabei auf Giftstoffen, die insbesondere neugeborenen Babys, Kindern und schwangeren Frauen schaden. Dazu hat der Umweltausschuss eine Reihe von Änderungsanträgen für den Europäischen Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004–2010 angenommen. Diese fordern das schrittweise Verbot des Handels und der Benutzung gefährlicher Substanzen, denen neugeborene Babys, Kinder und schwangere Frauen besonders ausgesetzt sind, darunter unter anderem sechs Erzeugnisse der Gruppe der Phthalate, chlorierte Lösungsmittel für die Herstellung von Lacken, Belägen und Polymeren, sowie phosphororganische Gifte und das organochloride Pestizid Endosulfan. Da Kinder von diesen Schadstoffen besonders gefährdet sind, definiert der Aktionsplan auch die Bedingungen für vornehmlich von Kindern benutzten Räumen zum Beispiel in Kindergärten, an Spielplätzen und in Schulen. **Antonios Trakatellis**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Mitglied der EVP-ED-Fraktion, forderte zudem eine Informationskampagne, um insbesondere Lehrer besser über die Risiken beim Umgang mit schadstoffbelasteten Gegenständen zu informieren.

## Impressum

**UNION IN EUROPA** – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Eggermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: WA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.